



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 27. März 2020

Band 14, Ausgabe 5

## Themen

- **CORONA**
- **Wirtschaft**
- **Arbeit**
- **Forschung**

**«Es geht wirklich um Leben und Tod.»**

(Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) am Samstagmorgen im Radiosender Antenne Bayern über die Folgen der Corona-Krise.)

**In dieser Ausgabe:**

- |                                       |   |
|---------------------------------------|---|
| Nachtragshaushalt wegen CORONA        | 2 |
| Nationales CORONA-Forschungsnetzwerk  | 2 |
| Vermieter nicht im Regen stehe lassen | 3 |
| Wirtschaft für die Zukunft fit machen | 3 |
| Solidarität als Gebot der Stunde      | 4 |

## Rettungspakete verabschiedet

In dieser Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag die höchsten Ausgaben für Soforthilfe für Unternehmen, Selbständige und Arbeitnehmer in der Deutschen Geschichte beschlossen. Angesichts der derzeitigen dramatischen wirtschaftlichen Verwerfungen wurde ein Nachtragshaushalt 2020 mit einer Nettokreditaufnahme von 156 Mrd. Euro, die Ausnahme für außergewöhnliche Notsituationen von der Schuldenbremse gemäß Artikel 115 des Grundgesetzes sowie die Einrichtung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds mit Garantien über 400 Mrd. Euro und einer Kreditermächtigung über 200 Mrd. Euro beschlossen.

Das Corona-Virus bedroht Menschenleben. Deshalb ist höchste Vorsicht geboten und die eingeleiteten weitreichenden Maßnahmen erscheinen derzeit notwendig. All das hat einschneidende Auswirkungen auf unser tägliches Leben und auf unser ganzes Land. Das gilt auch für unsere Wirtschaft: Sehr viele

kleine, mittlere und große Unternehmen sind dramatisch betroffen. Unser Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen zu unterstützen, damit sie durch die Krise kommen.



Quelle: Deutscher Bundestag

Mit der Sofort-Hilfe unterstützen wir gemeinsam mit den Ländern sofort bei der Überbrückung der laufenden Betriebskosten. Mit dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds kann großen Unternehmen geholfen werden. Für Betriebe jeder Größe gibt es passende Instrumente. Wir wollen Brücken bauen und Strukturen erhalten, damit Deutschland ein starkes Land bleibt.

Die Größe und Dynamik der Corona-Krise erzwingen ein Handeln des Staates, wie wir es nie erlebt haben. Wir haben heute im Bundestag das größte Rettungspaket für unsere Wirtschaft in der deutschen Geschichte beschlossen. Insgesamt stehen Garantien und Kredite für Unternehmen im Umfang von über 1,8 Billionen Euro zur Verfügung. Das ist mehr als die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts von rund 3,5 Billionen Euro.

Wir haben es mit einer außergewöhnlichen Notsituation zu tun. Dafür haben wir aus gutem Grund eine Ausnahmesituation in der Schuldenbremse, die wir heute im Bundestag beschlossen haben. Diese enorme Hilfsaktion ist einmalig und muss in ihrer Dauer strikt begrenzt sein. Der Staat kann nicht für immer die Unternehmen stützen. Wir werden nach dem Ende der Corona-Krise Schritt für Schritt die Verschuldung im Haushalt wieder zurückführen und uns von Beteiligungen an Unternehmen trennen.

## Nachtragshaushalt wegen CORONA-Maßnahmen

Um angesichts der großen Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft wegen der Coronakrise alle notwendigen Maßnahmen durchführen und finanzieren zu können, haben wir einen Nachtragshaushalt beschlossen. Unter Nutzung der Sonderregelung der Schuldenbremse „außergewöhnliche Notsituation“ ist hier eine Kreditaufnahme von nie dagewesener Dimension in Höhe von 156 Milliarden Euro ermöglichen. Diese Mittel sollen zur Deckung von Coronabedingten Steuermindereinnahmen in Höhe von 33,5 Milliarden Euro und zur Ermöglichung zusätzlicher Ausgaben in der Höhe von 122,5 Milliarden Euro verwendet werden.



Bei den Ausgaben sind 50 Milliarden Euro in der Soforthilfe für Kleinunternehmer geplant, 55 Milliarden Euro als Globale Mehrausgabe Corona, 7,7 Milliarden Euro für Kosten im Geschäftsbereich des Sozialministeriums v.a. für die Kosten der Unterkunft- und ALG II-Mehrbedarfe und 3,1 Milliarden Euro für Zuschüsse zur Bekämpfung des Coronavirus im Geschäftsbereich des Gesundheitsministeriums. 5,9 Milliarden Euro sind als Vorsorge für zu erwartende Gewährleistungsausfälle eingeplant. Der bisherige Gewährleistungsrahmen wird von rund 465 Mrd. Euro (zuzüglich 20 Prozent unterjähriger Erhöhungsmöglichkeit) auf knapp 822 Mrd. Euro

(zuzüglich einer Erhöhungsmöglichkeit um 30 Prozent) erhöht. Der Tilgungsplan, der bei einer Schuldenaufnahme unter Bezugnahme auf eine „außergewöhnliche Notsituation“ vorzulegen ist, sieht eine Rückzahlung der Mittel ab 2023 über insgesamt 20 Jahre vor.

Die Abkehr von der erfolgreichen und verantwortungsbewussten Politik der „Schwarzen Null“ ist uns nicht leicht gefallen, denn es werden jetzt zukünftige Leistungsträger in unserer Gesellschaft erheblich stärker belastet. Aber angesichts der derzeitigen Lage wollten und mussten wir den Regierungsvorschlägen folgen, um größeren Schaden, Not und Verwerfungen für unsere Wirtschaft und unser Land abzuwenden.

## Nationales CORONA-Forschungsnetzwerk

Die Bundesregierung stellt 150 Millionen Euro für Vernetzung im Kampf gegen Corona-Pandemie bereit. Damit soll ein Nationales Netzwerk der Universitätsmedizin im Kampf gegen Covid-19 errichtet werden.

Wir müssen alles daransetzen, dass wir mit Hilfe der Wissenschaft bestmöglich die Corona-Pandemie bekämpfen und die Menschen schützen können. Die Bundesregierung setzt daher auf eine Nationale Task Force, mit deren



Unterstützung Prozesse zur Bewältigung der Pandemie optimiert werden können. Dabei kommt es besonders darauf an, dass schnell, qualitätsgesichert und schlagkräftig gehandelt wird.

Das Nationale Netzwerk der Universitätsmedizin wird unter Koordination der

Charité - Universitätsmedizin Berlin Maßnahmenpläne, Diagnostik- und Behandlungsstrategien möglichst aller deutschen Universitätskliniken zusammenführen und auswerten kön-

nen. Die Universitätskliniken erfassen die Patientendaten systematisch und stellen diese in einer Datenbank der Wissenschaft zur Verfügung. Dadurch soll das Virus schneller und effektiver erforscht und Verbesserungen in der Patientenbehandlung erreicht werden. Die systematische Nutzung der Daten ist ein entscheidender Schlüssel zum Verständnis des Virus und bei der Entwicklung von Wirk- und Impfstoffen.

Die Forschungsaktivitäten der deutschen Universitätsmedizin sollen dadurch gebündelt werden und können effektiver die Behandlung der Patienten unterstützen und Leid abwenden.

## Vermieter nicht im Regen stehen lassen

Nach den Entscheidungen des Deutschen Bundestages über die vorübergehende Möglichkeit der Stundung von Mieten dürfen wir die wirtschaftlichen Folgen für die Vermieterseite nicht aus dem Blick zu verlieren. Die Bundesregierung muss nach Mieterrettung nun auch zur Sicherung der Vermieter beitragen. Wirtschaftliche Lasten können gerade kleine Privatvermieter hart treffen..

Es ist richtig, Mieter und Eigenheimbesitzer vor dem Verlust der Wohnung zu schüt-

zen, wenn die Pandemie bzw. die zu deren Bekämpfung ergriffenen Regierungsmaßnahmen zu Einkommensverlusten führt.



Bis staatliche Hilfszahlungen wie Wohngeld oder SGB bei den Kosten der Unterkunft wirkungsvoll fließen, brauchen Mieter Sicherheit.

Nehmen viele Mieter diese Möglichkeit in Anspruch, sind jedoch zunehmend Liquiditätsengpässe auf Seiten der Vermieter zu befürchten. Bei Privatvermietern kann schon eine Mietstundung zum Totalverlust der Mieteinnahmen führen. Viele Immobilienprojekte sind kre-

ditfinanziert und viele private Kleinvermieter bestreiten ihren eigenen Lebensunterhalt durch die Mieteinnahmen.

Die Bundesregierung muss hier die Folgen der Rechtsänderung im Blick behalten und auch Vorsorge für eine notwendige Unterstützung auf Vermieterseite treffen. Mieter und Vermieter müssen gemeinsam sicher durch die Krise kommen. Ideologische Vorbehalte sind hier nicht zu akzeptieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auch ihrer Verantwortung für die Immobilienwirtschaft bewusst zu werden und zu handeln.

## Wirtschaft für die Zukunft fit machen

Die Beschlüsse der abgelaufenen Sitzungswoche zeigen: Wir tun als Staat, was wir können. Wir helfen kleinen Unternehmen und Solo-Selbständigen schnell mit Zuschüssen. Für den breiten Mittelstand setzen wir alles daran, dass sie neben dem Kurzarbeitergeld an die liquiden Mittel der KfW-Programme kommen. Für besonders systemrelevante Unternehmen haben wir zudem den Wirtschaftsstabilisierungsfonds aufgelegt.

Wir müssen uns aber auch der Grenzen des Staates bewusst sein. Wir können nicht große Teile des BIP durch Steuergelder ersetzen. Jeder wird sich daher auf Einbußen gefasst machen müssen. Sobald wir wieder Licht am Ende des Tunnels

sehen, werden wir die nun aufgenommenen Schulden und mögliche Staatsbeteiligungen schnell wieder zurückfahren und zu den bewährten Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren müssen.



Durch die Corona-Krise stehen große Teile unserer Wirtschaft unverschuldet vor extremen Herausforderungen. Es ist daher richtig und wichtig, dass der Deutsche Bundestag in Rekord-Geschwindigkeit

ein milliarden schweres Hilfsprogramm verabschiedet hat. Damit sollen alle Bereiche unserer Wirtschaft unterstützt werden: vom Selbständigen über kleine und mittlere Unternehmen bis hin zu Großunternehmen. Der Instrumentenkasten

ist umfassend und reicht von Zuschüssen für Solo-Selbständige und Kleinunternehmen über Liquiditätshilfen bis hin zu Staatsbeteiligungen im äußersten Notfall. Priorität ist es, die Unternehmen am Leben zu halten und damit auch die Arbeitsplätze weitestgehend zu sichern. Wir von der Unionsfraktion lassen die Unternehmen in dieser Situation nicht allein.

Und dennoch gilt es, schon jetzt die notwendigen Weichen zu stellen, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland fit für die Zeit nach der Krise zu machen. Dazu braucht Deutschland eine Wachstumsagenda, die etwa Maßnahmen zur Entbürokratisierung, zu wettbewerbsfähigen Energiepreisen und verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen beinhaltet.



**AXEL E. FISCHER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Weil es jetzt manchmal anders in der Zeitung steht: Das Land wird hier nicht von Virologen regiert. (...) Wir können mit unseren Organisationen nur eine Grundlage geben oder einen Entscheidungshorizont aufspannen. Aber die endgültigen Entscheidungen, die müssen eindeutig politisch getroffen werden.»**

(Der Charité-Vorstandsvorsitzende Heyo Kroemer am Donnerstag in Berlin zu den Empfehlungen der Wissenschaft an die Politik)

## Solidarität als Gebot der Stunde

Der Bundestag hat ein Gesetz für den erleichterten Zugang zu sozialer Sicherung und zum Einsatz und zur Absicherung sozialer Dienstleister aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 beschlossen. Mit dem Sozialschutz-Paket reagiert der Deutsche Bundestag schnell auf die Umsatzwegbrüche bei Solo-Selbstständigen, Künstlern und Kleinunternehmern infolge der Corona-Krise. Sie können jetzt in einem erleichterten Verfahren Zugang zu den Leistungen der Grundsicherung erhalten und sind dadurch sozial abgesichert.

Mit den großzügigen Regelungen bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten während des Bezugs von Kurzarbeitergeld verfolgen wir eine Doppelstrategie: Kurzarbeiter können künftig ihre Einkommenseinbußen bis zur Höhe ihres bisherigen Nettoentgelts kompensieren, wenn sie eine Beschäftigung in systemrelevanten Bereichen, unter anderem in der Landwirtschaft aufnehmen. Das ist ein wichtiger Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Er soll auch helfen, mögliche Ernteauffälle in der Landwirtschaft, die sich wegen fehlender Erntehelfer abzeichnen, aufzufangen.



Mit der Verlängerung der versicherungsfreien Beschäftigung von 70 auf 115 Tage helfen wir vor allem landwirtschaftlichen Betrieben in der beginnenden Erntezeit. Ausländische Erntehelfer können nun ihre Arbeitseinsätze in Deutschland verlängern.

Das Sozialschutz-Paket spannt einen Schutzschirm über die sozialen Dienstleister durch einen Sicherstellungsauftrag. Damit sichern wir unsere soziale Infrastruktur und festigen so die finanzielle Basis der Sozialdienstleister.

Daneben haben wir auch ein umfassendes Maßnahmenpaket für die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland auf den Weg gebracht.

Damit stärken wir in dieser Krisenzeit die Erzeugung von heimischen regionalen Lebensmitteln, insbesondere im Bereich Obst und Gemüse. Denn diese Bereiche sind auf die Unterstützung durch Saisonarbeitskräfte besonders stark angewiesen. Da wir davon ausgehen müssen, dass angesichts der Corona-Pandemie sowie der damit zusammenhängenden Einschränkungen im Hin-

blick auf den grenzüberschreitenden Reiseverkehr in Europa viele helfende Hände aus dem Ausland fehlen werden, haben wir auch stärkere Anreize für all jene in Deutschland geschaffen, die in der Landwirtschaft mitarbeiten wollen. So werden beispielsweise Nebeneinkünfte aus der Landwirtschaft bis zur Höhe des bisherigen Lohns nicht auf das Kurzarbeitergeld angerechnet. Über eine Plattform [www.daslandhilft.de](http://www.daslandhilft.de) können sich potentielle Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Agrarsektor miteinander vernetzen.

Die Corona-Krise trifft auch Künstlerinnen und Künstler, viele Freiberufler der Kultur- und Medienbranche sowie Kinos und Kultureinrichtungen mit voller Wucht. Existenzen sind gefährdet und dies völlig unverschuldet. Deshalb ist die Corona-Soforthilfe auch für Solo-Selbstständige und kleine Unternehmen in Höhe von insgesamt bis zu 50 Milliarden Euro vorgesehen. Mit den Liquiditätshilfen können beispielsweise laufende Betriebskosten wie Mieten von Kinos, Musikclubs oder Künstlerateliers bezahlt werden.

Wir leben in schwierigen Zeiten und müssen zusammenhalten. Übergreifende Solidarität ist das Gebot der Stunde. Das machen wir mit den in dieser Woche verabschiedeten Rettungspaketen.